



Europa mitentscheiden! Stakeholder-Forum im Bürgerjahr

EU-in-BRIEF | Ausgabe 03-2014

Von Florian Strasser

Mitreden, mitstreiten, mitbestimmen – wo und wie findet in Europa Bürgerbeteiligung statt? Was kann verbessert werden, wo ist im Vorfeld der Europawahlen noch Handlungsbedarf? Im Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 luden das Auswärtige Amt und die Europäische Bewegung Deutschland in den Europasaal des Ministeriums am Werderschen Markt ein, um beim Stakeholder-Forum „Europa mitentscheiden“ über diese Fragen zu diskutieren. EU-in-BRIEF fasst die Ergebnisse zusammen.

Rund 200 Akteurinnen und Akteure aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft waren der Einladung zum Stakeholder-Forum „Europa mitentscheiden“ gefolgt. In seiner Eröffnung begrüßte Dr. Peter Schoof, Beauftragter für Grundsatzfragen der EU-Außenbeziehungen im AA, die Initiative der EBD, sich dem Trend der Europamüdigkeit in der Bevölkerung und dem Aufschwung europaskeptischer Parteien entgegenzustemmen: „Das bisherige Europa-Narrativ trifft nicht mehr auf Widerhall bei der Bevölkerung. Um das Vertrauen in die EU zu erneuern, sind innovative und kreative Ansätze der Beteiligung von Bürgern gefragt.“ Daher sei es wichtig, sich wie jetzt hier mit Multiplikatoren darüber auszutauschen, was getan werden muss, damit die Europäische Union kein Elitenprojekt bleibe.

Perspektiven der Partizipation in Europa

In zwei Fach-Panels wurde es dann konkret. Mit dem Thema „Zwischen Bürgerbeteiligung

und Lobbyismus: Perspektiven der Partizipation in Europa“ befasste sich als erste Impulsgeberin Elisabeth Kotthaus, Politische Berichterstatteerin Recht in der Vertretung der Europäischen Kommission. Kotthaus stellte die vielfältigen Aktivitäten zum Europäischen Jahr vor und nannte hier die eigens gebildete Allianz der Zivilgesellschaft oder die Bürgerdialoge mit Kommissaren.

Für die Kommission sei das Europäische Bürgerjahr angesichts des schwindenden Vertrauens in die EU-Institutionen nur der Auftakt. „Wir müssen vermitteln, dass die EU nicht Teil des Problems, sondern der Lösung ist.“ Konkret will die Kommission auf Grundlage ihres zweiten Bürgerschaftsberichts¹ zwölf bürgerfreundliche Maßnahmen durchsetzen, die Mitbestimmung und Vertrauen stärken sollen. Die Kommission habe beispielsweise angeregt, dass im EU-Ausland lebende EU-Bürgerinnen und –Bürger an nationalen Wahlen des Landes teilnehmen dürfen.

¹http://ec.europa.eu/justice/citizen/files/com_2013_269_de.pdf

Welche Rolle können Interessengruppen spielen, wie können sie Partizipation stärken? Jost Vielhaber, Director Public Affairs des Online-Händlers Reuter GmbH, beleuchtete aus Sicht der Wirtschaft die Hintergründe der gesetzgeberischen Mechanismen auf EU-Ebene. Sie sei im Wettbewerb konkurrierender Ideen abhängig von externem Sachverstand der Interessengruppen, die ja durchaus auch gehört würden. Dennoch: „Manche Absurditäten der EU-Gesetzgebung schädigen den europäischen Gedanken.“ Europäischen Entscheidungsträger müssten daher eine größere Relevanzprüfung vornehmen, um Bürger nicht gegen die EU aufzubringen.

Der Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Ansgar Klein, bezog sich auf den Lobbyismus durch zivilgesellschaftliche Organisationen als Fürsprecher des öffentlichen Interesses („public interest“). In diesem Sinne verstandener Lobbyismus orientiere sich nicht an selektiven Interessen. Er brauche vor allem in Brüssel einen öffentlichen Ort („public space“), um sich artikulieren zu können. Die Skepsis der Bevölkerung gegen die EU-Institutionen könne durch zivilgesellschaftliche Partizipation gemindert werden. Dafür sei jedoch ein verbindlicher Rahmen („compact“) vonnöten, der das Interagieren von Staat und Zivilgesellschaft regelt.

Der strukturierte Dialog der Kommission mit Public-Interest-Organisationen müsse verbindlicher und überdies um reguläre, transparente Beteiligungsverfahren erweitert werden. Ansgar Klein erneuerte den Ruf nach einer europäischen Öffentlichkeit: „Um die Angelegenheiten Europas auch national und lokal zu verstehen, müssen Ort und Möglichkeiten geschaffen werden, die Interessen der Bürger in ihrer europäischen Dimension deutlich zu machen.“

Echter Dialog mit der Jugend findet kaum statt

Lisi Maier, die Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings, forderte ebenfalls stärkere Mitwirkungsmöglichkeiten der demokratischen Zivilgesellschaft an europapolitischen Entscheidungen. Als Negativbeispiel nannte sie das vergebliche Bemühen europäischer Jugendringe, ihre Vorschläge zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beim Treffen der EU-Arbeitsminister im Sommer 2013 einzubringen. Dieses Nicht-Gehörtwerden sei kein Einzelfall: Regelmäßig blieben die Positionen der demokratisch organisierten Jugendverbände ungehört. „Echter Dialog zwischen Jugendverbänden und Politik findet kaum statt.“ Dialog sei jedoch unabdingbar, wenn die Jugend aufgefordert werde, an der Zukunft „ihres Europa“ mitzuwirken.

Die anschließende Diskussion im Plenum drehte sich vor allem um die „Lobby-Arbeit“ in Brüssel. Eine Forderung war, das Transparenzregister auf den Europäischen Rat auszudehnen. Auch Anwaltskanzleien müssten sich registrieren. Außerdem wurde berichtet, dass es aufgrund des fehlenden europäischen Vereinsrechts schwierig für junge Vereine sei, sich zu vernetzen. Leider würden ausgeschriebene Aufträge der Kommission zunehmend nur an große Agenturen und Dienstleister vergeben, das widerspreche explizit den Zielen des Europäischen Jahrs der Bürgerinnen und Bürger.

Abseits der politischen Prozesse ging es auch kulturelle Fragen. Ist der Vertrauensverlust der Bürger in die europäische Einigung zu stoppen, indem die kulturellen Fundamente gestärkt werden? Schließlich erodiere die Zustimmung zu den EU-Institutionen seit Jahren, zumindest in Meinungsumfragen. Zuletzt hätten sich 61% der befragten Deutschen negativ geäußert. Wie müsste im

Sinne einer Berufung auf die vielfältigen europäischen Kulturen als Teil der EU-Grundwerte das von Kommissionspräsident José Manuel Barroso geforderte „new narrative for Europe“ lauten?

Partizipation in der Praxis: Die Europawahl

Veritable Handlungsempfehlungen versuchte das zweite Panel „Partizipation in der Praxis: Die Europawahl 2014“ zu geben. Frank Piplat, Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments für Deutschland, stellte die offizielle Kampagne zur Europawahl 2014 vor, die sich auf die Kernthemen Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung konzentriert. Die Slogans „Diesmal geht's um mehr“ und „Handeln, Mitmachen, Bewegen“ bezögen sich auf die neuen, gestärkten Befugnisse des Europäischen Parlaments seit 2009, auf die neuen Regeln für die Wahl des Kommissionspräsidenten, die erstmalige Aufstellung von Spitzenkandidaten der europäischen Parteien und auf den politischen Kontext der Krise in Europa.

Der Präsident der überparteilichen Europa-Union Deutschland e.V., Rainer Wieland MdeP, bot den Verband als Diskussionsplattform an, damit die notwendigen Diskussionen zu Europa auch tatsächlich stattfinden könnten. Im Europawahlkampf dürfe man „Populisten von rechts und links nicht nachlaufen, sondern muss auf Erreichtes verweisen und über Züge berichten, die ankommen“. Eine höhere Wahlbeteiligung bei Europawahlen sei zwar wünschenswert, jedoch gehe auch national, regional und lokal die Beteiligung des Wahlvolks zurück, ohne dass dies groß problematisiert werde.

Dr. Rana Islam, Projektmanager der Stiftung Mercator, begründete das Engagement der deutschen Stiftungsinitiative „Engagierte

Europäer“ damit, dass „Europa nicht nur den gewählten Mandatsträgern überlassen werden darf“. Die Stiftungsinitiative plant eine Elefantenrunde der europäischen Spitzenkandidaten und bemängelte, dass die europäischen Parteien nicht in der Lage seien, frühzeitig zu nominierende Personen zu benennen. Grundsätzlich hält Islam die Idee von Spitzenkandidaten für wahlmobilisierend, da diese gezwungen seien, sich thematisch von Konkurrenten abzugrenzen und es damit zu einer Politisierung der Europawahl komme.

Mehrheitlich kritisch äußerten sich die Teilnehmenden des Stakeholder-Forums zu den Aussichten der Europawahl 2014. So sei es fraglich, ob die stärkere Personalisierung der Wahl durch erstmals europaweit aufgestellte Spitzenkandidaten die Hoffnungen auf höhere Wahlbeteiligung erfüllen könne. Es wurde auch bezweifelt, dass sich Prominente und Politakteure als Aushängeschilder der Europawahlkampagne finden ließen. Podiumsreferenten sahen durchaus die Chance, Wähler durch Personalisierung zu mobilisieren. Allerdings hänge die mobilisierende Wirkung von Spitzenkandidaten vor allem von der Qualität und Ausrichtung der Wahlkampagne ab. Außerdem sei die tatsächliche, inhaltliche Abgrenzung der Kandidaten voneinander wichtig.

Den Bürger zu hören heißt nicht, ihn zu erhören

Ein weiterer Kritikpunkt war, dass Zivilgesellschaft und Bürger bei den EU-Institutionen nur alle vier Jahre als Multiplikatoren und Wähler eine Rolle spielten. Beiden werde die Möglichkeit des Europäischen Konvents noch vorenthalten. Die Vertreter des Europäischen Parlaments auf dem Podium warnten vor zu hohen Erwartungen. Auch ein Konvent könne nicht

alle gesellschaftlichen Strömungen integrieren. Deshalb sei dieses Instrument jedoch nicht per se schlecht: „Den Bürger zu hören heißt noch nicht, ihn auch zu erhören“. Vergleichbar sei dies mit den Konsultationsprozessen der Kommission, bei denen auch nicht alle Positionen integriert werden könnten, jedoch jedermann angehört würde.

Dafür, die Wahlbeteiligung zu erhöhen, sind aus Sicht der Stakeholder die Parteien mitverantwortlich. Bei ihnen liege auch die Bringschuld, in Kontakt mit außerparlamentarischen europäischen Akteuren zu treten. Die Podiumsreferenten empfahlen als Engagement zur Europawahl allen Organisationen, den eigenen Europabezug auf das Blickfeld der eigenen Klientel herunterzubringen. Nur „für Europa“ zu sein, reiche nicht aus, man müsse schon konkretere Gründe „pro“ Europäischer Union nennen.

Bürgerbeteiligung muss im Dialog stattfinden

In ihren Schlussworten fassten die EBD-Vorstandsmitglieder Gabriele Bischoff, Abteilungsleiterin Europapolitik beim

Deutschen Gewerkschaftsbund, und Daniel Sahl, Stabstelle Strategische Planung und Koordinierung beim Bundesverband der Deutschen Industrie, die Ergebnisse des Stakeholder-Forums zusammen.

Ihr Fazit: Bürgerbeteiligung muss im Dialog stattfinden und die Legitimität der beteiligten Akteure ist zu hinterfragen: Wer spricht für wen und in wessen Namen? Auch müsse viel deutlicher werden, wo genau Bürger Einfluss auf europäische Entscheidungen nehmen können: „Bürgerbeteiligung muss etwas Kontinuierliches sein und nicht etwas, dass man ein Vierteljahr vor der Europawahl auspackt.“ Ein echter Dialog sei daher gerade im Europawahlkampf wichtig: „Wir müssen darüber diskutieren, welches Europa wir wollen und brauchen.“

Passend zu dem Fazit, das Gabriele Bischoff und Daniel Sahl gezogen hatten, kamen bei der Veranstaltung nicht nur viele der rund 200 Gäste im Saal live zu Wort, sondern die Debatte war auch über eine Twitterwall (www.twitterfall.com/eyc2013) unter dem Hashtag #EYC2013 öffentlich zu verfolgen und mitzugestalten.



Über den Autor

Florian Strasser ist Projektleiter des Europäischen Wettbewerbs und Koordinator des Arbeitsbereichs "Bildung & Information" bei der Europäischen Bewegung Deutschland. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehört neben Politischer Bildung und Europakommunikation auch die institutionelle Zusammenarbeit zwischen EU-, Bundes- und regionaler Ebene.

Kontakt: florian.strasser@netzwerk-ebd.de

Beim Zitieren dieses Artikels verweisen Sie bitte auf: http://www.netzwerk-ebd.de/fileadmin/files_ebd/eu-in-brief/EBD_PUB_EU-in-BRIEF_3_2014.pdf

Impressum

EU-in-BRIEF | Analysen – Positionen – Vorausschau ist ein kostenloses Informationsangebot im PDF-Format des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland.
ISSN-Nummer: 2191-8252

Zitier-Hinweise: Bisher wurden keine verbindlichen Regeln zur Zitierweise digitaler Publikationen geschaffen. Daher bitten wir, folgende Angaben zu übernehmen, wenn Sie einen unserer Texte zitieren möchten: Autoren des Textes, Titel des Textes, Internetadresse wie angegeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

© **Europäische Bewegung Deutschland e.V.**

Sophienstr. 28/29 | D-10178 Berlin
T +49 30 3036201-10 | F -19
info@netzwerk-ebd.de

Herausgeber: Bernd Hüttemann (V.i.S.d.P.)

Mehr Wissen!

Auf der Website der EBD erfahren Sie alles Wesentliche über unsere Organisation und können kostenfrei auf eine Vielzahl von Informationen zu Europa zugreifen: <http://www.netzwerk-ebd.de>

Die Europäische Bewegung Deutschland e.V., gegründet 1949, ist das größte zivilgesellschaftliche Netzwerk in Deutschland und institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes.